

an Se. Majestät den König über die von der Nat.-Vers. zu Frankfurt gefaßten Beschlüsse zu richten, zuerst vorzunehmen. Der Vorschlag wird angenommen; die Versammlung schreitet zur Wahl einer Commission in den Abtheilungen, die sich sogleich constituirt und eine Adresse entwirft. Inzwischen wird der Antrag des Abg. K u p f e r und Genossen, betreffend die Bildung einer Commission zur Prüfung und Begutachtung der allgemeinen deutschen Wechselordnung, unterstützt und in die Abtheilungen gewiesen. Hierauf erfolgt der Antrag der Abgg. R o b e und D e n p i n, die noch bestehenden Beschwerden, Lasten und Abgaben der Mühlengrundstücke und Gegenleistungen aufzuheben, daß der Staat die Pflicht der Entschädigung der Gutsherrn im Wege der Ablösung übernehme und daß die Mühlen, welche erst nach dem 28. Octbr. 1810. neu gegründet sind u. s. w., von diesem Gesetze unbetroffen bleiben. Der Antrag geht in die Abtheilungen. Hierauf schreitet die Versammlung zur Berathung der von der Commission vorgelegten Adresse, welche fast einstimmig angenommen und deren schleunige Beförderung dem Präsidenten übertragen wird.

In der 20. Sitzung der 2. Kammer werden mehre eingegangene ministerielle Denkschriften, den Belagerungszustand von Posen und einigen andern Orten betreffend, angemeldet und eine Commission von 14 Mitgliedern zur Prüfung niedergesetzt. Der Ministerpräsident meldet die Frankfurter Beschlüsse der letzten Zeit und die Versammlung ist mit dem Antrage von B i n k e einverstanden, eine Adresse an den König zu entwerfen, um darin die Gefühle und Erwartungen der Kammer, in Bezug auf die stattgehabte Wahl Sr. Majestät zum Oberhaupt Deutschlands auszudrücken. Hierauf erfolgte die Interpellation von M ö l l e r wegen des Erlasses der Regierung zu Minden vom 16. Jan., bezüglich der Benutzung der Gemeindehäuser zu Versammlungen; dann die des Abg. P a p e an die Minister des Krieges und des Innern, bezüglich der Versorgung der Invaliden. Hierauf folgt die Fortsetzung der Wahlprüfungen, nach deren Beendigung der Antrag des Abg. K i n k e l, betreffend die Sistirung seiner beiden Prozesse, welcher der

Petitionscommission überwiesen wird. Ferner der Bericht der Petitionscommission über die Untersuchung gegen den Abg. J u n g; die Versammlung erteilte die Genehmigung nicht. Hierauf folgt der Bericht des Centralausschusses über den Antrag des Grafen R e n a r d, betreffend die gleichzeitige Regulirung der bauerlichen Verhältnisse mit der Revision der Verfassung; die Versamml. geht zur Tagesordnung über.

In der 21. Sitzung zeigt der Präsident an, daß der Centralausschuß für den Waldeckischen Antrag, betreffend die Aufhebung des Belagerungszustandes von Berlin, gebildet und J a c o b i zum Vorsitzenden und B u c h e r zum Schriftführer gewählt sei. Hierauf erfolgt die Berathung des Entwurfs der Adresse wegen der deutschen Frage an Se. Maj. den König. Es sind drei Entwürfe vorgelegt worden, über die berathen wird. Nach einer längeren Debatte wird das B i n k e'sche Amendement angenommen. Es wird nun zur Wahl des Präsidenten geschritten und mit 171 St. wird G r a s b o w zum Präsidenten und zum ersten Vicepräsidenten v. M u e r s w a l d mit 167 u. zum zweiten L e n s i n g mit 125 St. gewählt.

In der 22. Sitzung stehen auf der Tagesordnung die Berichte der Petitionscommission a) über den Antrag des Abg. K i n k e l, der von der Kammer fast einstimmig genehmigt wird, b) über das Gesuch des ehemaligen Kanzlei-Directors S c h ü t z m a n n zu U n n a, seine Wichtigkeitsbeschwerde gegen ein Urtheil des zweiten Senats des Oberlandesgerichts zu Münster vom 24. Febr. 1848 zu prüfen und darüber zu entscheiden, über den die Kammer zur Tagesordnung übergeht; c) über das Begnadigungsgesuch des Bauer K a r g e und Genossen aus Rosen, welches nebst Beilage dem Justizminister zu geeigneter Veranlassung übergeben wird. 2) Bericht des Centralausschusses über den Antrag des P a r i s i u s, betr. die Sistirung der Verordnungen vom 2. und 3. Jan. o. bis zur Entscheidung der Volksvertreter darüber; die Kammer geht nach Genehmigung einiger Amendement zur motivirten Tagesordnung über. Während der Abstimmung hatte der Minister des Innern Bericht erstattet über den Empfang der Abgg. der